

Dessau-Roßlau, 10.06.2020

Sehr geehrter Herr Stadtratsvorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Stadträte,

aus der angefügten Gesprächsnotiz können Sie entnehmen, dass sich der OR Mosigkau seit mehr als 9 Monaten um die Behebung folgender Straßenschäden in der Ortschaft Mosigkau bemüht hat.

1. Bei einer Ortsbegehung des OBM ist festzustellen, dass die Stadtverwaltung die vereinbarten Maßnahmen immer noch nicht erfüllt hat. Dies ist ein für uns nicht hinnehmbarer Zustand. In zwei Fällen ist durch das Unterlassen von Reparaturmaßnahmen am Straßenkörper sogar der Gebäudeversicherungsschutz für Wasserschäden am Haus gefährdet. Ich bitte um eine verbindliche Beantwortung, bis wann die vereinbarten Maßnahmen durchgeführt werden.
2. Der OR hat nach Absprache mit dem Straßenverkehrsamt in der Novembersitzung das TBA um die Einrichtung von Sicherungsmaßnahmen der Grünflächen in der Justus-von-Liebig-Str. gebeten. Das TBA sieht trotz der erheblichen Schäden im Übergangsbereich zwischen Straße und Grünflächen keinen Handlungsbedarf. Unabhängig von dieser fragwürdigen fachlichen Bewertung stellt sich für mich als OBM die Frage, weshalb der OR zur Vorortbegehung nicht eingeladen wurde und die von uns angefügte Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde keine Berücksichtigung gefunden hat.
3. In der Ortschaft Mosigkau wird derzeit durch die Stadtverwaltung die Veräußerung der Turnhalle (wenn nicht öffentlich, dann nicht auf der web-Seite veröffentlichen, da Grundstücksangelegenheiten) an den Waldorfschulverein vorangetrieben. Der OR ist über dieses Vorhaben bisher nicht offiziell informiert worden! Alle angedachten Maßnahmen zur genetischen Gebäudesanierung durch Fördermittel wurden durch die Verwaltung zurückgezogen. Ebenfalls ohne Informationen an den OR. Ich sehe in dieser Arbeitsweise einen fragwürdigen Umgang hinsichtlich der Mitbestimmungsrechte von Ortschaftsräten (siehe KVG). Ich bitte um eine offizielle Stellungnahme, wie zukünftig der OR frühzeitig bei solchen und anderen Grundstücksangelegenheiten durch die Verwaltung beteiligt wird.
4. Als OBM von Mosigkau stelle ich die Anfrage an das TBA, wie weit der Vorplanungsprozess für die Mühlenstraße voranschreitet und wann mit einer öffentlichen Auslage zu rechnen ist. Die Haushaltsmittel für diese Maßnahme stehen bereits seit mehreren Jahren zur Verfügung.

Allgemeine Anmerkung:

Diese und weitere Themen lassen mich zu der Frage kommen, wie ernsthaft die Stadtverwaltung an einer Zusammenarbeit mit dem OR Mosigkau interessiert ist. Es ist auf Dauer nicht hinnehmbar, dass besprochene Maßnahmen weder im zeitlichen Ablauf noch in besprochenem Inhalt umgesetzt werden.

Des Weiteren werde ich auch durch die Kommunalaufsicht prüfen lassen, ab wann dieser Umgang rechtlich zu würdigen wäre.

Mit f

J. U. Weber

Ortsbürgermeister Mosigkau

Gesprächsvermerk

Vororttermin am 24.09.2019 Herr Weber OBM, Herr Scher und Frau Pietsch Tiefbauamt

Erich-Weinert-Str./Kiebitzweg

- nur Notreparatur möglich
- Instandsetzung kann nicht stattfinden

- Bereitstellung Planungsmittel für Haushalt 2020 einstellen lassen

Wallburgstr./W.-Weitling-Str.

- Lösungsvorschlag

Weiche oberhalb Wallburgstr. Auf Gelände Autohaus Schwelle erhöhen, um den Abschlag in den Gräben zu erhöhen. Im Kreuzungsbereich einen Bord setzen und einen zusätzlichen Regenwassereinlass + den Rohrdurchlass durch die Wallburgstr. Zu vergrößern.

Lebrecht-Diener-Str./Am Wiesenhang

Kanaldeckelsicherung durch setzen eines Tiefbordes im Kurvenbereich. Anmodellieren der Kanaldeckel am Biberbau.

Kreuzungsbereich Anhalter Str./Bauernreihe

Befestigung Kopfsteinpflaster (am Rand) wird kurzfristig durch das Tiefbauamt übernommen.

*Beantwortet,
12.06.2020 auf Veröff.
an Frau Nußbeck*

Andreas Mrosek

AfD-Fraktionsvorsitzender

10.06.2020 Stadtratssitzung, öffentliche Anfragen

Frage an Frau Bürgermeisterin Nußbeck

Sehr geehrte Frau Nußbeck,

im Amtsblatt Dessau-Roßlau, Ausgabe Nr. 5, 2020, wird auf Seite 19 von den Fraktionen CDU, Die Grünen/ FPD/ Neues Forum/ Bürgerliste, Die Linke, SPD und Pro Dessau-Roßlau die Fraktion der AfD auf die Stufe des Nationalsozialismus gestellt.

Zitat: „Wer aus ideologischen Gründen die Finanzmittel der Kulturszene kürzt, stellt sich auf eine Stufe mit dem Nationalsozialismus des Dritten Reiches.“

Wir verwahren uns als gewählte Abgeordnete des Volkes energisch dagegen, mit den Nationalsozialisten verglichen zu werden!

Nach unseren Informationen ging die Initiative von Ihnen als Bürgermeisterin aus.

Frage:

- 1. Ging die Initiative von Ihnen als Bürgermeisterin aus?**
- 2. Wer bezahlt diese Seite bzw. wurde diese von einer Fraktion zur Verfügung gestellt?**

Andreas Mrosek

